

TT 10.2.2015

„Deeskalation ist das Gebot der Stunde“

Straßburg – Auch der Europarat ist Schauplatz der Ukraine-Krise. Ende Jänner verlängerte die Parlamentarische Versammlung des Europarates die im April 2014 wegen der russischen Annexion der Krim verhängten Sanktionen gegen die 18 russischen Abgeordneten vorerst bis Ende April. Es bleibt also vorerst etwa beim Entzug des Stimmrechts für die russische Delegation. Diese kündigte als Protest daraufhin an, sich bis Ende des Jahres aus den Gremien zurückzuziehen. Selbst mit dem Austritt Russlands aus dem Europarat wurde gedroht. Der Vorsitzende des Monitoringkomitees der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, der SPÖ-Politiker Stefan Schennach, hatte zuvor noch um einen Kompromiss gerungen. Er empfahl die Rückgabe des Stimmrechts, wenn im Gegenzug bis Juni zentrale Forderungen des Europarats von Seiten Russlands erfüllt werden. Im Gespräch mit der *Tiroler Tageszeitung* skizziert Schennach seine Überlegungen zu einer Deeskalation einer Krise, die Europa in den Abgrund zu stürzen droht.

TT: Welche Rolle kommt dem Europarat in der Ukraine-Krise zu?

Stefan Schennach: Der Europarat ist die einzige Institution, in der sowohl die Ukraine als auch Russland Mitglieder sind. Und er ist in beiden Ländern aktiv. Der Europarat ist nicht von geopolitischen Interessen geleitet und nicht im Blockdenken gefangen. Und jetzt geht es ja vor allem

darum, den Dialog zwischen den Konfliktparteien zu suchen. Denn eine militärische Lösung kann es in dem Konflikt nicht geben.

TT: Wie beurteilen Sie die aktuelle Friedensinitiative der deutschen Kanzlerin Merkel und des französischen Präsidenten Hollande? Gibt es eine neue Chance auf Frieden?

Schennach: Die zuletzt immer wieder ins Spiel gebrachten Waffenlieferungen an Kiew sind abzulehnen. Deeskalation heißt das Gebot der Stunde, schließlich droht Europa in den größten militärischen Konflikt seit Ende des Zweiten Weltkriegs hineinzuschlittern. Frieden in Europa ist ohne Russland nicht möglich. Es gibt keine Alternative zu den Minsker Gesprächen. Um die Lage im Krisengebiet zu beruhigen, könnte dort etwa eine rein europäische Friedensmission zum Einsatz kommen.

Das Gespräch führte Christian Jentsch



Schennach leitet das Monitoringkomitee des Europarats. Foto: Pfluegl